

Peru im Ausnahmezustand

Kaum hatte Perus neue ultrarechte Präsidentin Keiko Fujimori am Dienstagabend ihren Amtseid abgelegt, rief sie schon den Notstand aus. Das Militär soll Gebiete mit hoher Kriminalität besetzen, die Polizei gestärkt und eine »Gefängnisreform« eingeführt werden. Auch der Bau eines Megagefängnisses nach dem Vorbild El Salvadors ist vorgesehen.

Die Tochter des 2024 verstorbenen und verurteilten ehemaligen Diktators Alberto Fujimori – dessen Amtszeit 1990 bis 2000 durch Korruption und blutige Gewalt geprägt war – hatte im Juni mit ihrer Partei Fuerza Popular (Volkskraft) mit einer knappen Mehrheit von genau 49.641 Stimmen gegen den Kandidaten des linken Bündnisses »Juntos por Perú« (Zusammen für Peru), Roberto Sánchez, gewonnen. Ihr Stimmanteil umfasste dabei jedoch nur neun der insgesamt 27 Millionen Wahlberechtigten (bei einer Bevölkerungsgröße von fast 35 Millionen) und wurde von linker Seite schon wegen Unregelmäßigkeiten und mangelnder Transparenz in Frage gestellt. Den Vorsitz im Senat konnte Fuerza Popular am Sonntag auch für sich sichern.

Fujimori ist also endlich gelungen, woran sie 2011, 2016 und 2021 als Kandidatin gescheitert war. Erst im Oktober 2025 wurde Dina Boluarte wegen Korruptionsvorwürfen abgesetzt. Diese wiederum hatte 2022 den linken Präsidenten Pedro Castillo ersetzt, der nach dem damaligen »Justizputsch« immer noch in Haft sitzt, trotz wiederholter UN-Forderungen nach seiner Freilassung. (amp)

<https://www.jungewelt.de/artikel/526994.lateinamerika-peru-im-ausnahmezustand.html>